

The logo for vbw (Verband der Bayerischen Wirtschaft) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font on a dark blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Deutschland hat Zukunft Zukunft der öffentlichen Finanzen

Mittwoch, 2. August 2017 um 9:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Münchner Saal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Raus aus den Schulden – rein in Zukunftsinvestitionen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundesminister a.D. Theo
Waigel,

sehr geehrter Herr Abgeordneter Schurer,

sehr geehrter Herr Dr. Hentze,

sehr geehrter Herr Kuhle,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen im Haus der Bayerischen
Wirtschaft!

Staatsverschuldung in Deutschland

Der Freistaat macht seit 2006 keine neuen
Schulden.

Das Ziel lautet: bis 2030 schuldenfrei.

Das ist der richtige Weg!

Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich.

Bayern ist hier Vorbild für den Bund und Europa.

Immerhin: Deutschland schreibt in diesem Jahr
zum vierten Mal in Folge die schwarze Null.

Im Verhältnis zum BIP sind die öffentlichen Schulden zurückgegangen.

Aktuell liegen sie bei gut 68 Prozent.¹

Allerdings gilt:

- Ohne die gute wirtschaftliche Entwicklung,
- ohne dadurch steigende Steuereinnahmen und
- ohne die niedrigen Zinsen

wäre das nicht gelungen.

Außerdem liegt die Schuldenquote immer noch über der in der EU erlaubten 60-Prozent-Grenze.

Und: Der absolute Schuldenberg hat sich fast gar nicht reduziert.

Ende 2016 war die öffentliche Hand immer noch mit 2,14 Billionen Euro verschuldet.²

Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen wäre zu erwarten gewesen,

- dass die Schulden deutlich abnehmen

¹ Die Quote lag 2010 noch bei 81 Prozent.

² 2015: 2,16 Bio. Euro. 2010: 2,09 Bio. Euro

- oder die Investitionen wesentlich stärker als geschehen zunehmen – auch als Investitionsimpulse wie die steuerliche Forschungsförderung oder die steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung.

All das ist nicht passiert.

Stattdessen steigen die staatlichen Konsumausgaben laufend an.

Risiken der Staatsverschuldung

Meine Damen und Herren,

auch wenn sich die Schuldenquote zuletzt verringert hat, darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor allem absolut gesehen immer noch vor einem immensen Schuldenberg stehen.

Wenn wir die öffentliche Verschuldung jetzt nicht entschlossen abbauen, bringt uns das in eine unverantwortliche Schieflage.

Die EZB wird ihren Niedrigzins-Kurs nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag fortführen.

Deutschland muss sich heute schon auf eine Zinswende vorbereiten!

Ein Zinsanstieg um nur 1 Prozentpunkt würde Bund, Länder und Gemeinden mit gut 20 Milliarden Euro belasten.

Hinzu kommen drei weitere Risiken:

1. die steigenden Sozialausgaben,
2. die anhaltende Investitionsschwäche in unserem Land sowie
3. neue Risiken durch die niedrigen Zinsen – zum Beispiel die Gefahr einer Finanzmarktblase.

Deswegen gilt, meine Damen und Herren:

Deutschland muss die Schulden deutlich abbauen – vor allem auch in absoluten Zahlen!

Steueraufkommen bringt Spielraum

Spielraum dafür ist vorhanden – wenn wir uns bei staatlichen Konsumausgaben zurückhalten.

Seit Jahren geht es mit dem Steueraufkommen kräftig aufwärts.

Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Staat in diesem Jahr mit 732 Milliarden Euro rechnen.³

Das ist seit 2005 ein Anstieg von über 60 Prozent.

2021 sollen sich die Einnahmen sogar auf 852 Milliarden Euro belaufen.

Ein beachtlicher Zuwachs, der Möglichkeiten eröffnet.

Sozialleistungsquote und implizite Schulden

Aber: Die Spielräume schwinden, wenn die Sozialleistungsquote übermäßig wächst.

Der Trend geht klar nach oben.

Das Verhältnis der Sozialleistungen zum BIP belief sich 2015 auf 29,4 Prozent.

Das waren 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr.⁴

Wir nähern uns Werten, wie wir sie vor der Agenda 2010 hatten.

Das ist ein ernstes Warnsignal!

³ Quelle: BMF, Steuerschätzung Mai 2017.

⁴ Quelle: BMAS, letzte aktuelle Zahl von 2015.

Vor allem auch deshalb, weil wir nicht umhinkommen werden, die wachsenden Sozialausgaben verstärkt über das Steuersystem zu finanzieren.

Wie wenig nachhaltig die Situation ist, zeigt sich am Ausmaß der impliziten Verschuldung, die von der Stiftung Marktwirtschaft jedes Jahr ermittelt wird.

Implizite Schulden sind die durch das heutige Niveau an Steuern und Abgaben ungedeckten Leistungsversprechen.

Angesichts der demografischen Entwicklung sind Rente, Pflege- und Krankenversicherung nicht nachhaltig finanziert.

Hinzu kommen noch die Pensionslasten.

Wenn wir diese Leistungsversprechen zusammenrechnen, kommen wir auf eine implizite Staatsverschuldung von gut 153 Prozent des BIP.⁵

Und damit stehen wir im europäischen Vergleich sogar noch gut da!

⁵ Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Update 2017.

Explizite und implizite Schulden zusammen ergeben in Deutschland aktuell eine Gesamtverschuldung von 6,8 Billionen Euro.

Hier müssen wir in Deutschland und Europa dringend gegensteuern!

Die gute Konjunktur darf uns nicht dazu verführen, weitere Leistungsversprechen zu machen.

Wir zehren heute von den Früchten vergänger Reformen. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen!

Schuldenbremse und klare Tilgungspläne

Meine Damen und Herren,

die Schuldenbremse hat die öffentliche Neuverschuldung eingedämmt.

Das ist notwendig – aber einen Schuldenabbau schaffen wir damit nicht.

Schuldenabbau kriegen wir nur mit klaren Tilgungsplänen hin!

Das IW Köln hat im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft eine Modellrechnung

unter dem Titel „Ein Tilgungsplan für Deutschlands Staatsschulden zur Begrenzung der Zinslast“ vorgelegt.

Die Berechnungen zeigen, wie stark die öffentliche Hand bei bestimmten Annahmen zur Zinsentwicklung Schulden tilgen muss.

Herr Dr. Hentze vom IW Köln wird uns die Berechnungen nachher genauer vorstellen.

Investitions- und innovationsorientierte Haushaltspolitik

Entscheidend ist:

Wir brauchen gleichzeitig eine investitions- und innovationsorientierte Haushaltspolitik.

- Infrastruktur,
- Forschung und
- Bildung

sichern nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

In Deutschland wird heute insgesamt zu wenig investiert. Das betrifft sowohl öffentliche als auch private Investitionen.

Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Investitionsschwäche überwinden.

Auch Bürokratieabbau ist dringend nötig, um Investitionsstaus zu vermeiden.

Insgesamt brauchen wir mehr Forschung und Entwicklung – auch für die Digitalisierung.

Die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe ist dafür der richtige Impulsgeber.

Insgesamt muss der Staat mehr Anreize setzen, Investitionen von Unternehmen und im privaten Bereich zu beleben.

Entschuldung durch Inflation ist leistungsfeindlich

Der völlig falsche Weg ist es, die Entschuldung der Staatshaushalte durch Inflation herbeizuführen.

Ein erheblicher Teil der Vermögen in Deutschland ist als Geldvermögen angelegt.

Beim derzeitigen Niedrigzins werden diese Vermögen laufend entwertet.

Für den Staat, der mehr Verbindlichkeiten als Geldvermögen hat, ist das gut.

Aber die privaten Haushalte leiden darunter.

Anleger verlieren, Schuldner profitieren – das kann nicht die richtige Richtung sein!

Das bestraft Leistung und das Bemühen, eigenes Vermögen aufzubauen – ausgerechnet in einer Zeit, in der private Vorsorge wichtiger ist denn je!

Die Leistungsbereitschaft der Menschen wird unterlaufen – und damit die Grundlage unseres Wohlstand.

Anstatt die Menschen immer stärker zu belasten, muss das Ziel die wirtschaftliche Unabhängigkeit möglichst vieler Menschen sein.

Wir setzen hier auf den Einzelnen und seine Leistungsbereitschaft.

Gezielt Steuern senken

Deswegen brauchen wir auch gezielte Steuersenkungen.

Eine starke Volkswirtschaft braucht Menschen, die bereit sind, die Leistung, die wir brauchen, auch zu erbringen.

Ihr Beitrag ist wichtig, damit sich die Gesellschaft finanzieren kann.

Stichworte sind:

- Abflachung des Mittelstandsbauchs
- Verschiebung des Spitzensteuersatzes nach hinten,
- die automatische Korrektur der Kalten Progression und
- die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Schluss

Meine Damen und Herren,

Schuldenabbau ist mehr als einfach nur Sparen.

Effektiver Schuldenabbau besteht aus:

- konkreten Tilgungsplänen,
- Zurückhaltung bei sozialen Leistungszusagen,
- innovationsorientierten Investitionen und Investitionsimpulsen

sowie

- mehr Spielräumen für den Einzelnen.

Das ist auch eine Frage unserer Werte:

Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.

Vielen Dank!